

3. 479. a (3)

Nr. 8219.

K u n d m a c h u n g

womit der Erlaß des hohen Finanzministeriums vom 4. September 1852, betreffend die Eröffnung eines fünfprocentigen Staats-Anlehens von 80 Millionen Gulden Conventions-Münze, zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Laut hohen Finanz-Ministerial-Erlasses vom 4. d. M. haben Seine k. k. Apostolische Majestät mit Allerhöchster Entschliessung vom 3. September 1852 die Aufnahme eines fünfprocentigen Staats-Anlehens anzuordnen geruht, dessen Ertrag zur weiteren Verminderung der Schuld des Staates an die Nationalbank, zur ferneren Beschränkung des Staatspapier-Geld-Umlaufes, zu Eisenbahn-Bauten und zur Vermehrung der Eisenbahn-Betriebsmittel, endlich zur Verwendung für die allgemeinen Staats-Erfordernisse des Verwaltungsjahres 1853 bestimmt ist.

In Gemäßheit dieser Allerhöchsten Entschliessung wird Folgendes zur allgemeinen Kenntniß gebracht:

1. Es wird ein Staats-Anlehen von 80 Millionen Gulden Conventions-Münze am 9. September im Wege der freiwilligen Einzeichnung eröffnet und am 18. dieses Monats geschlossen.

2. Das Anlehen wird zu folgenden Zwecken verwendet:

Mit 15 Millionen zu Zahlungen an dem laut Vertrag vom 3. Februar 1852 in 71½ Millionen zusammengezogenen, inzwischen auf 70 Millionen verminderten Schuldenreste an die Nationalbank;

mit 25 Millionen zu fernerer Verminderung des umlaufenden Staatspapier-Geldes;

mit 20 Millionen zu Eisenbahn-Bauten und zur Vermehrung von Eisenbahn-Betriebsmitteln;

mit dem Ueberreste zu allgemeinen Staats-Erfordernissen.

Die Zuflüsse aus dem Anlehen werden im obigen Verhältnisse ihrer Bestimmung zugeführt.

3. Die Hinausgabe des Anlehens wird zum Preise von fünf und neunzig Gulden Conventions-Münze für jedes Hundert Gulden Staats-Schuldverschreibungen erfolgen.

4. Die Staats-Schuldverschreibungen werden in den Beträgen von fl. 100, fl. 500, fl. 1000, fl. 5000 und fl. 10.000 hinausgegeben; sie werden auf den Ueberbringer lauten; zu fünf Procent im Jahre verzinslich und mit halbjährigen Coupons versehen sein, die an jedem 1. Mai und 1. November verfallen. Auf Verlangen kann der Einzahler auf Namen lautende Staats-Schuldverschreibungen erhalten, welche auch über andere, als die oben erwähnten Beträge, jedoch nie über wenigstens als fl. 100 ausgestellt sind, und wovon die Zinsen nur gegen Quittung erhoben werden.

Auch wird den Inhabern der fünfprocentigen Schuldverschreibung dieses Anlehens freistehen, bei der Einzeichnung oder auch später bis 1. Juli 1853, gegen Entrichtung eines baren Betrages von zwei Gulden dreißig Kreuzer Conventions-Münze für jedes Hundert Gulden des Nominalbetrages der fünfprocentigen Schuldverschreibungen, den doppelten Betrag in zwei und einhalbprocentigen zu verlangen, welche ihm in Wien oder bei der Cassa, bei welcher eingezahlt worden, verabfolgt werden.

Von dem Gesamtbetrage des in fünfprocentigen Staats-Schuldverschreibungen hinausgegebenen Anlehens wird, insofern der Börsen-Cours derselben das Pari nicht übersteigt, vom 1. November 1853 an, alljährlich ein hundertster Theil durch den Tilgungsfond zurückgekauft und vernichtet.

5. Jedermann ist freigestellt, sich bei diesem Anlehen durch Einzeichnung zu betheiligen.

6. Der geringste Betrag, mit welchem man an dem Anlehen Theil nehmen kann, ist 1000 fl. im Nominalbetrage der Staats-Schuldverschreibungen, und jeder Betrag, auf welchem man über fl. 1000 subscribirt, muß durch 100 ohne Rest theilbar sein.

7. Wer für einen Betrag von einer halben Million oder mehr einzeichnet, erhält eine Provision von Ein Procent des eingezeichneten Betrages, welche bei Einzahlung der am 30. October d. J. verfallenden Rate gut gerechnet wird.

8. Sollte die Gesamtsumme der Einzeichnung den Betrag von 80 Millionen überschreiten, so wird eine gleichmäßige Verminderung aller eingezeichneten Beträge Statt finden, und für diesen Fall die entsprechende Kundmachung durch die „Wiener Zeitung“ längstens bis zum 30. September 1852 erfolgen.

9. Wer an dem Anlehen Theil nehmen will, hat eine, nach dem unten folgenden Formulare I abgefaßte stämpelfreie Erklärung und mit dieser zugleich die vorgeschriebene Caution (§. 10) zu überreichen. In Wien ist die Centralcassa der privilegierten Nationalbank, in den Kronländern aber die Landeshaupt- und Filialcassen der privilegierten Nationalbank zur Annahme der Erklärung und der Caution ermächtigt. Bei diesen Cassen sind auch gedruckte Blanquetten jener Erklärung unentgeltlich zu haben.

10. Die Caution hat in zehn Procenten des auf die eingezeichnete Summe bar einzuzahlenden Betrages zu bestehen. Sollte die subscribirt Summe vermindert werden (§. 8), so wird der zu viel erlegte Cautionsbetrag auf Verlangen zurückerstattet.

11. Die Caution wird entweder in Barem oder in österreichischen, in Conventions-Münze verzinslichen Staats-Schuldverschreibungen, welche auf Ueberbringer lauten, oder als Caution für dieses Anlehen vinculirt sind, in Partial-Hypothekar-Anweisungen, oder endlich in österreichischen Staats-Schuldverschreibungen der Anlehen vom Jahre 1834 und vom Jahre 1839 erlegt.

12. Die in Conventions-Münze verzinslichen Staats-Schuldverschreibungen werden im zwanzigfachen Werthe ihres jährlichen Zinsen-Ertrages; die Staats-Schuldverschreibungen des Anlehens vom Jahre 1834 mit 1000 fl., jene des Anlehens vom Jahre 1839 aber mit 300 fl. als Caution angenommen.

13. Wer die Caution in Staats-Schuldverschreibungen oder in Partial-Hypothekar-Anweisungen erlegt, hat ein Verzeichniß derselben nach dem unten folgenden Formulare II in zweifacher Abschrift beizuschließen. Eine dieser Abschriften wird, mit der amtlichen Empfangsbestätigung der Cassa versehen, dem Cautionserleger zurückgestellt.

14. Die in Staats-Schuldverschreibungen erlegte Caution muß längstens bis zum 15. December 1852 gegen bares Geld umgewechselt werden.

15. Wird die, in Österreich. Staats-Schuldverschreibungen erlegte Caution nicht binnen der im §. 14 bestimmten Frist gegen bares Geld umgewechselt, so werden die Staats-Schuldverschreibungen börsenmäßig veräußert, der gelöste Betrag von dem Tage, an dem er eingeflossen ist, als bare Caution behandelt, und soferne er die, im §. 10 festgesetzte Summe übersteigt, als Vorauszahlung auf die nächstfolgende Rate verrechnet. Erreicht er aber diese Summe nicht, so ist der Abgang bei der nächsten Einzahlungsfrist (§. 17) von der Partei zu ergänzen, widrigens er dem Aeraheimfällt und jeder Anspruch der Partei aus dem Anlehen erlischt.

16. Die Einzahlungen auf das Anlehen sind in Banknoten, in verzinslichen oder unverzinslichen Reichsschatzscheinen, in Anweisungen auf die ungari-schen Landeseinkünfte, in dreiprocentigen, noch im

Umlaufe befindlichen Cassa-Anweisungen, in verlos-fenen, bereits fälligen Staats-Schuldverschreibungen der Anlehen vom Jahre 1834 und vom Jahre 1839, in verfallenen Coupons von österreichischen Staats-Schuldverschreibungen, oder in Partial-Hypothekar-Anweisungen zu leisten. Die vom Tage der Einzahlung bis zum Verfallstage der letzteren zu berechnenden fünfprocentigen Zinsen sind von der Partei zu vergüten. Dagegen werden die auf den dreiprocentigen Cassa-Anweisungen und auf den verzinslichen Reichsschatzscheinen bis zum Tage der Einzahlung haftenden Zinsen bar an die Partei vergütet oder in den Einzahlungsbetrag eingerechnet.

17. Die Einzahlung hat an dem Orte, wo die Caution erlegt wurde, in zehn gleichen Theilbeträgen, und zwar — da die Caution einen solchen Theilbetrag bildet — in nachfolgenden Raten zu geschehen:

am 30. October	1852.
» 1 December	
» 1. Februar	
» 1. März	
» 1. April	1853.
» 2 Mai	
» 15. Juni	
» 1. August	
» 15 September	

Es steht jedoch den Parteien frei, eine oder mehrere Raten zugleich, noch vor ihrer Verfallszeit zu berichtigen. Auch ist eine theilweise Vorauszahlung der Raten gestattet; doch muß der vorausbezahlte Betrag so groß sein, daß dafür eine Staats-Schuldverschreibung von wenigstens 100 fl. zu erfolgen kommt.

18. Wenn der eingezeichnete Betrag durch 1000 ohne Rest nicht theilbar ist, also z. B. auf 1100 fl., 1200 fl., 1300 fl. u. s. w. lautet, so ist auf die Beträge über 1000 fl. die Einzahlung in den ersten Raten dergestalt zu leisten, daß in jeder derselben wenigstens auf 100 fl. eingezahlt werde. Wenn also z. B. im Ganzen auf 1800 fl. die Einzahlung geschehen soll, so sind außer dem auf 1000 fl. entfallenden Betrage einer Rate von 95 fl. bei jeder der ersten 8 Raten noch 95 fl. zu berichtigen.

19. Die im Barem erlegte Caution wird als die erste Einzahlungsrate betrachtet, und bei Einzahlung der zweiten Rate erhält die Partei den für die erste Rate gebührenden Betrag von Staats-Schuldverschreibungen. Der für die zweite Rate entfallende Betrag in Staats-Schuldverschreibungen wird erst bei Einzahlung der dritten Rate erfolgt, welche hinwieder die Caution zu bilden hat. In solcher Weise wird jede folgende Rate als Caution behandelt, und bei Einzahlung derselben werden die für die nächst vorhergehende Rate gebührenden Staats-Schuldverschreibungen hinausgegeben. Mit Einzahlung der zehnten Rate werden die Staats-Schuldverschreibungen für die neunte und zehnte Rate ausgehändigt.

20. Wurde die Caution in Staats-Schuldverschreibungen geleistet, so wird der Partei für jede Rate, welche sie, bevor die Caution in bares Geld umgewechselt worden ist (§. 14), bar einzahlet, der entsprechende Betrag in Staats-Schuldverschreibungen verabfolgt. Nach geschehener Um-wechslung der Caution wird diese als eine bar eingezahlte Rate behandelt, mithin der auf dieselbe entfallende Betrag von Staats-Schuldverschreibungen erst bei Einzahlung der nächsten Rate ausgefolgt; letztere hat nach den Bestimmungen des §. 19 wieder als Caution zu gelten.

21. Von dem Tage, an welchem eine Einzahlung geleistet wird, genießt die Partei die Zinsen von den, für den eingezahlten Betrag entfallenden Staats-Schuldverschreibungen. Dieß gilt auch von der schon ursprünglich in Barem erlegten Caution. Wurde aber die Caution in Staats-Schuldverschreibungen geleistet, so werden die

Zinsen erst von dem Tage gutgerechnet, an welchem die Caution in bares Geld umgewechselt wurde.

22. Bei Einzahlung der am 30. October d. J. fälligen Rate wird der Partei gegen Rückstellung des Certificates, das ihr über den Erlag der Caution hinausgegeben wurde, ein Anlehenschein ausgehändigt; dieser ist bei Einzahlung jeder folgenden Rate vorzuweisen und bei Einzahlung der letzten Rate an die Cassa zurückzustellen.

23. Wer eine Rate in den, §. 17, festgesetzten Fristen nicht leistet, verliert den Anspruch bezüglich jeder noch nicht verfallenen Rate, und die Caution fällt dem Staateschatze zu.

Laibach den 7. September 1852.

Vom Präsidium der k. k. Steuer-Direction für Krain:

Gustav Graf Chorinsky,

k. k. Statthalter und Chef der Steuer-Direction.

Formulare I.

Der Unterzeichnete erklärt, zu Händen der Cassa in N., daß er an dem im Monate September 1852 eröffneten Staats-Anlehen, mit dem Nominalbetrage von (Betrag in Zahlen und mit Worten angegeben) Theil nehme, und sich allen für dieses Anlehen festgesetzten Bedingungen unterwerfe. Er erlegt zur Sicherstellung der übernommenen Verpflichtungen die vorgeschriebene Caution, und zwar:

mit . . . fl. im Varen, und laut beiliegenden Verzeichnisses, mit . . . fl. in Staats-Schuldverschreibungen, und wünschet, daß ihm für die eingezahlten Raten Staats-Schuldverschreibungen auf (Ueberbringer oder auf) den Namen von . . . ausgehändigt, und die Zinsen bei der (k. k. Universal-Staatsschuldencassa oder bei der) Landes-hauptcassa in . . . bezahlt werden.

(Datum und Wohnort.)

Unterschrift des Subscribenten.

Formulare II.

eines Verzeichnisses über die als Caution eingelegten österreichischen Staats-Schuldverschreibungen.

Mit Beziehung auf die Kundmachung und auf die Subscriptions-Erklärung erlegt der Unterzeichnete als Caution auf das mit der erwähnten Kundmachung eröffnete Anlehen nachfolgend verzeichnete k. k. österreichische Staats-Schuldverschreibungen.

Nr.	Datum	Zinssatz	lautend auf	Zahl der Coupons	Nominal-Betrag	Caution's-Werth	Anmerkung.
16.738	1. März 1831	5%	Ueberbringer	12	1.000 fl.	1.000 fl.	mit Einem Talon
4.750	1. August 1830	3%	ditto	8	500 "	300 "	ditto
21.670	20. Juli 1840	5%	Carl Weiß	—	100 "	100 "	vinculirt als Caution auf obiges Anlehen
28.790	1. März 1834	—	Ueberbringer	—	500 "	1.000 "	—
3.100	ditto	1%	ditto	10	1.000 "	200 "	mit Einem Talon
Partial-Hypothekar-Anweisung 19.200	31. August 1852	5%	ditto	—	1.000 "	1.000 "	—
					4.100 fl.	3.600 fl.	

Datum und Wohnort.

Unterschrift des Caution's-Erlegers.

R a z g l a s.

Po razpisu visocega c. k. quarstvinega ministerstva 4. t. m. je njegovo c. k. apostolsko veličastvo z najvišjim sklepom 3. Septembra 1852 zavkazati blagovolilo, da se petpercenten deržaven najem stori, ktere-ga namen je, deržavni dolg pri narodski banki zmanjšati, deržavni papirni denar znižati, železnice zidati in pomočke za železnične započetke pomnožiti, zadnič da se za občne deržavne potrebe v upravnim letu 1853 porabi.

Po tem najvišjim sklepu se to le sploh razglasi:

1. z dnem 9. Septembra se začne prostovoljno upisovanje za deržavno sposojilo 80 milionov goldinarjev konvencijskega denarja, ktero bo 18. t. m. sklenjeno.

2. Sposojilo ima té le namebe:

15 milionov se bo na vsled pogodbe 3. Februarja 1852 z 71 1/2 miliona storjenega in v tem času na 70 milionov znižanega dolga narodski banki plačalo, s 25 milioni se bo papirnat denar zmanjšal, ki je zdaj med ljudstvom,

20 milionov se bo za zidanje železnic in za pomnoženje pomočkov za občenje na železnicah porabilo,

ostank bo za občne deržavne potrebsine.

Kar bo po sposojilu došlo, se bo po zgorej oménjeni razméri porabilo.

3. Sposojilo se bo po pét in devédeset goldinarjev za vsacih sto goldinarjev deržavnih dolžnih pisem izdajalo.

4. Deržavne dolžne pisma se bodo po 100, 500, 1000, 5000 in 10 000 gld. izdajale; pisane bodo na ime tistiga, kteri jih prinese; dajale bodo po pet od sto in imele bodo kupone za ostanega pol léta, ktere bodo vselej 1. Maja in 1. Novembra zapadale. Če bo kdo želel, zna zapisanec deržavne dolžne pisma na svoje ime pisane dobiti, ktere so tudi čez druge, kakor gori imenovane zneske, toda nikoli čez menj kot 100 gld. narejene in obresti od njih se prejemajo samo na pobotne liste (kvitunge.)

Tudi bo posestnitov petpercentnih dolžnih pisem leta sposojila na voljo dano, ako odraja po dva goldinarja in trideset krajcarjev za vsacih sto goldinarjev imenskega zneska pétpercentnih dolžnih pisem, dvojnati znesek v dve in popercentnih zahtevati, ktere se mu na Dunaju ali pri dnarnici, pri kteri se je zapisal, izroče.

Vsako leto se bo celega zneska petpercentnih deržavnih dolžnih pisem izdanega sposojila, ako njih borsni kurs tako imenovanega pari ne preseže, s 1. dnem Novembra 1853 začemši, stoterni del po izbrisavnim zalogu nazaj kupoval in vničeval.

5. Vsakemu je na voljo dano, se tega sposojila po upisu udeležiti.

Najmanjši znesek, s kterim je mogoče, tega sposojila vdeležiti se, je 1000 gld. v imenskem znesku deržavnih dolžnih pisem, in vsaki znesek, za kterega se kdo čez 1000 gld. zapiše, mora s številko 100 brez ostanka razdeliti se dati.

7. Kdor se za pol miliona ali še več zapiše, dobi en odstotek zapisanega zneska provizije, ktera se mu v obroku, ki 30. Oktobra t. l. izteče, k dobremu pripiše.

8. Če bi vsi zapisi 80 milionov goldinarjev presegli, se bodo vsi zapisani zneski po enaki meri zmanjšali, in to se bo zadnji čas do 30. Septembra 1852 po „Dunajskim časniku“ pristojno vediti dalo.

9. Kdor se hoče tega sposojila vdeležiti, nej po zdolej stoječim izgledu I narejeno kolika prosto izreko in z njo tudi predpisano zagotovšino (§. 10.) izroči. Na Dunaju ima osrednja dnarnica privilegirane narodske banke v kronovinah pa deželne glavne in podružne dnarnice privilegirane narodske banke oblast, izreke in zagotovšino prejemati. Pri téh dnarnicah se dobivajo tudi natisnjene blankete téh izrek zastoni.

10. Zagotovšina ima deset odstotkov zneska obseči, ki ga je na vpisano število plačati. Ako bi se pa vpisano število zmanjšalo (§. 8.), se bo toliko zagotovšine povernilo, kolikor e je bilo preveč vložene, če bo to kdo želel.

11. Zagotovšina se odraja ali v gotovih dnarjih ali v avtrijskih, v konvencijskim dnarju izobrestljivih deržavnih dolžnih pismih, ktere so na ime tistega pisane, kteri jih prinese, ali ktere so kot zagotovšina za to sposojilo vinkulirane, v délnih hipotekarnih nakazih ali zadnjič v avtrijskih deržavnih dolžnih pismih sposojil leta 1834 in leta 1839.

12. V konvencijskim dnarju izobrestljive deržavne dolžne pisma se bodo v dvajseteri vrednosti njihne letne obresti; deržavne dolžne pisma sposojila leta 1834 s 1000 gld. une leta 1839 pa s 300 gld. kot zagotovmaejšinala.

13. Kdor zagotovšino v deržavnih dolžnih pismih ali parcialnih hipotekarnih nakazih vloži, ima njih spisek po zdolej sledečim izgledu II. v dvojim prepisu priložiti. Eden teh prepisov se izroči z urednim prejemnim poterdilom dnarnice tistemu nazaj, kteri zagotovšino da.

14. V deržavnih dolžnih pismih vložena zagotovšina se mora naj pozneje do 15. Decembra 1852 z gotovim denarjem izmenjati.

15. Ako se, v avtrijskih dolžnih pismih vložena zagotovšina v obroku v. §. 14 odločenim ne izmenja z gotovim denarjem, se bodo derž. dolžne pisma po borsni veljavi prodale, kar se za nje dobi, se od dneva, ko so bile predane, kot gotova zagotovšina čista, in če to v §. 10. ustanovljeno število preseže, ze zarajta kot naprejno plačilo na prihodnji del plačila. Ako pa téga plačila ne doseže, ima zapisani pri pervim po tem sledečim uplačevanju (§. 17.) dopolniti, kar še manjka, če ne, zapade to deržavnemu zakladu in zapisani zgubi vsako pravico do sposojila.

16. Na sposojilo se plačuje v bankovcih, v izobrestljivih in ne izobrestljivih deržavo zakladnih listih, v nakazih na oger-ske deželne dohodke, v tripercentnih dnarničnih nakazih, ki so še med ljudstvom, v izsrečkanih, že zapadenih deržavnih dolžnih pismih sposojil lét 1854 in 1859, v zapadenih kuponih avtrijskih deržavnih dolžnih pisem ali v parcialnih hipotekarnih nakazih. Petpercentne obresti, ki se imajo od dneva vplač nja do zapadnega dne pre-rajati, ima, vpisanev poverniti. Nasproti pa se obresti, ki gredo od tripercentnih dnarničnih nakazov in od izobrestljivih deržavo-zakladnih listov do dne vplačila, vpisancu v gotovim povernejo ali pa v vplačilni znesek urajtajo.

17. V mestih, v kterih je bila zagotovšina vložena, se v desetih enacih délih, in sicer — ker je zagotovšina tak del — v téh le obrokih uplačuje:

30. Oktobra
1. Decembra } 1852.

1. Februarja
1. Marca
1. Aprila
2. Maja
15. Junija
1. Augusta
15. Septembra

1853.

Vpisancem je pa na voljo dano, eden ali več obrokov na enkrat, preden se pretečejo, plačati. Tudi je pripušeno, obroke deloma naprej plačevati; toda naprej plačani znesek mora tolikošen biti, da se na-nj državno dolžno pismo za najmenj 100 gld. dati more.

18. Če se upisani znesek s 1000 ne da brez ostanka deliti, je torej n. pr. na 1000 gld., 1200 gld., 1300 gld., itd. vpisan, se na zneske čez 1000 gld. v prvih obrokih tako vplačuje, da se v slednjim najmenj 100 gld. vplača. Če se ima tadaj n. pr. v vsem skup 1800 gld. vplačati, pride verh na 1000 gld. spadajočega zneska enega obroka s 95 gld. pri vsakim prvih 8 obrokov še 95 gld. plačati.

19. V gotovim denarju vložena zagotovšina velja kot prvo obročno vplačilo in pri vplačanju drugega obroka prejme vpisane za prvi spadajoči obrok gre doči znesek državnih dolžnih pisem. Za drugi obrok spadajoči znesek v državnih dolžnih pismih se še le pri plačanju tretjega obroka izdaja in ta ima potem zopet kot zagotovšina veljati. Tako velja vsaki sledeči obrok kot zagotovšina in kadar se vplača, se izdajo državne dolžne pisma, ki grejo za predzadnji obrok. Kadar se deseti vplača, se izdajo državne dolžne pisma za deveti in deseti obrok.

20. Če je bila zagotovšina v državnih dolžnih pismih plačana, se vpisancu za slednji obrok, katerega, preden je bila zagotovšina v gotov dnar izmenjana (§. 14.) gotovo plača, primerni znesek v državnih dolžnih pismih da. Ko je zagotovšina izmenjana, se ravna z njo kakor z gotovim plačanim obrokom, torej se za-nj spadajoči znesek državnih dolžnih pisem še le pri

plačanju sledečega obroka izdaja; poslednji ima po §. 19 zopet kot zagotovšina veljati.

21. Od dneva v katerim je bilo vplačilo storjeno, vživa vpisane obresti od državnih dolžnih pisem, ki od vplačane zneska spadajo. To velja tudi od zagotovšine, ktera je bila po vno že v gotovim dnarju vložena. Če je bila pa zagotovšina v drž. dolžnih pismih vložena, tečejo obresti še le od dneva, v katerim je bila zagotovšina v gotov dnar izmenjana.

22. Pri uplačanju obroka, ki 30. Oktobra t. l. izteče, se bo vpisancu sposojilno pismo vročilo, toda poverni list mora nazaj odrajtati, ki mu je bil zastran vložene zagotovšine dan; ta list se ima pri vplačanju vsakega sledečega obroka pokazati in pri plačanju poslednjega obroka dnarnici nazaj odrajtati.

23. Kdor obrok v §. 17 vstanovljenim času zamudi, zgubi pravico gledé vsacega še ne zapadnega obroka in zagotovšina zapade državnemu zakladu.

V Ljubljani 7. Septembra 1852.

Od predsedništva c. k. davknega vodstva za Krajnsko:

Gustav grof Chorinsky l.r.

c. k. poglavar in nadčelnik davknega vodstva.

I z g l e d e k I.

Podpisani izreče, vročno . . . dnarnice v J., da se državnega sposojila, ki se mesca Septembra 1852 začne, zimskim zneskom (znesek v številkah in z besedami imenovan) v deleži, in vsem za to sposojilo vstanovljenim pogodbam podverže. Za vgotovljenje prevzetih dolžnost založi predpisano zagotovšino, in sicer

z gld. v gotovim dnarju — in kakor priloženi spisek pričuje, z gld. v državnih dolžnih pismih, in želi, da se mu za plačane obroke državne dolžne pisma na (tistega, ki jih prinese ali na) ime izročé, in obresti pri (c. k. občni dnarnici državnih dolgov ali pri) deželni glavni dnarnici v plačajo.

(Dan in staniše)

Jme podpisanca.

I z g l e d e k II.

spiska zastran kot zagotovšina vloženih austrijskih državnih dolžnih pisem.

Nanašaje na razglas in na vpisno izreko dne . . . vložil podpisani kot zagotovšino na z omenjenim razglasam pričeto sposojilo sledeče c. k. avstrijske državne dolžne pisma:

Št.	Dne	Obrest	na ime	število kuponov	znesek	vrednost zagotovšine	Opomba.
16.738	1. Marca 1851	5%	tistega ki prinese	12	1.000 gld.	1.000 gld.	z enim talonom
4750	1. Augusta 1850	3%	detto	8	500 "	300 "	detto
21.670	20. Julija 1840	5%	Karla Belča	—	100 "	100 "	vinkulirano kot zagotovšino naimenovanospojilo.
28.790	1. Marca 1834	—	tistega ki prinese	—	500 "	1.000 "	—
3100	detto	1%	detto	10	1.000 "	200 "	z enim talonom
Parcialni hipotekarni nakaz 19.200	31. Augusta 1852	5%	detto	—	1.000 "	1.000 "	—
					4.100 gld.	3.600 gld.	

Dan in staniše.

Podpis tistega, ki zagotovšino vložil.

3. 478. a (1) Nr. 8575

K u n d m a c h u n g

wegen Wiederbesetzung der Bibliotheks-Scriptors-Stelle in Laibach.

Bei der k. k. Bibliothek in Laibach ist die Stelle eines Scriptors mit dem Gehalte jährlich 400 fl. C. M. aus dem Studienfonde in Erledigung gekommen, zu deren Wiederbesetzung die Concurrenz hiemit ausgeschrieben wird.

Es haben demnach diejenigen, welche sich um diese Stelle zu bewerben gedenken, ihre eigenhändig geschriebenen Gesuche, in welchen sie sich über Alter, Religion, Stand, Moralität, zurückgelegte Studien, Sprachkenntnisse und die bisher etwa schon geleisteten öffentlichen Dienste, oder ihre bisherige Beschäftigung documentirt auszuweisen haben, bis 15. October 1852, und zwar, wenn sie sich in irgend einer öffentlichen Anstalt

finden, im Wege ihrer vorgesetzten Behörde, sonst aber durch die k. k. Statthalterei jenes Kronlandes, in welchem sie wohnen, und wenn sie sich in Krain aufhalten, unmittelbar hieramt zu überreichen.

K. k. Statthalterei zu Laibach am 3. September 1852.

Gustav Graf v. Chorinsky,
k. k. Statthalter.

3. 486. a (1) Nr. 8483.

K u n d m a c h u n g.

Laut Erlass vom 20. August d. J., Nr. 7055, hat sich das k. k. Finanzministerium bestimmt gefunden, bei der Landeshauptcasse in Triest eine unmittelbar mit der Universal-Staats- und Bancoschuldencasse in Verrechnung tretende Credits-Abtheilung zu errichten, welche mit 1. November 1852 ihre Amtswirksamkeit zu beginnen hat.

Dies wird mit dem Beifügen kund gemacht, daß von dem bezeichneten Zeitpuncte angefangen, Interessen von Obligationen unter den für die Creditsabtheilungen der übrigen Kronländer geltenden Bestimmungen bei der oberrwähnten Creditsabtheilung bezogen werden können.

Laibach am 31. August 1852.

Gustav Graf v. Chorinsky,
k. k. Statthalter.

3. 475. (2) Nr. 8474.

K u n d m a c h u n g.

Durch die Vollendung der offenen Telegraphenleitung nach Mailand und Bergamo ist die Nothwendigkeit zur weitem Erhaltung des Behufs der Uebertelegraphirung in Treviglio errichteten Telegraphenamts entfallen, wornach dieses Amt aufgehoben worden ist.

Dies wird in Folge Erlasses des k. k. Ministeriums des Innern vom 27. d. M., Nr. 21177, zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

Von der k. k. Statthalterei für Krain.

Laibach den 31. August 1852.

3. 472. a (2) ad Nr. 4517.

K u n d m a c h u n g.

Mit hohem Erlasse des k. k. Ministeriums für Cultus und Unterricht vom 6. August l. J., 3. 7703, wird wegen Wiederbesetzung der erledigten Lehrkanzel für Elementar- und höhere Mathematik am k. k. polytechnischen Institute in Wien, mit welcher ein Gehalt mit:

Ein Tausend fünf hundert Gulden C. M. und das Vorrückungsrecht in die höhern Gehaltsstufen von 1800 fl. und 2000 fl. sammt einem Quartiergelde von Einhundert fünfzig Gulden C. M. verbunden ist, der Concurs bis 15. October l. J. ausgeschrieben.

Diejenigen Bewerber, welche diese Lehrkanzel zu erhalten wünschen, werden demnach angewiesen, ihre, an das hohe k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht gerichteten, und mit den gehörigen Beilagen versehenen Gesuche, längstens bis zum obgenannten Tage bei der k. k. Statthalterei für Nieder-Oesterreich einzubringen.

Von der Direction des k. k. polytechnischen Instituts. Wien, am 21. August 1852.

3. 480. a (1) Nr. 940.

K u n d m a c h u n g.

die Besetzung einer Lehrersstelle an der Unterrealschule in Klagenfurt betreffend.

Mit Beginn des Schuljahres 1852/53 kommt an der vollständigen Unterrealschule zu Klagenfurt die Stelle eines Lehrers der Arithmetik, der auch den Unterricht in der Geographie und Geschichte zu übernehmen hat, und womit nach der a. h. Entschliessung vom 12. Februar 1851 der systemisirte Gehalt von 600 fl. C. M., mit dem Decennal-Vorrückungsrechte in beziehungsweise 800 fl. und 1000 fl. C. M. aus dem k. k. Studienfonde verbunden ist, im Wege der Concurrenz zur Besetzung.

Diejenigen, welche auf diese Lehrersstelle Anspruch machen zu können glauben, werden demnach hiemit aufgefordert, ihre Competenzgesuche längstens bis 30. des k. M. September entweder durch ihre unmittelbar vorgesetzte, oder durch die k. k. Landesschulbehörde des Kronlandes in dem sie wohnen, anher gelangen zu

lassen, und sich über Alter, Religion, Moralität, Sprachkenntnisse, wissenschaftliche Bildung und Lehrfähigkeit, so wie ihre allfällige bisherige Dienstleistung gehörig auszuweisen.

K. k. Landesschulbehörde für Kärnten in Klagenfurt am 31. August 1852.

3. 473. a (2) Nr. 17038.
Concurs = Kundmachung.

Im Bereiche dieser k. k. Finanz-Landes-Direction ist eine Kanzlei-Assistentenstelle, mit dem Gehalte jährlicher 400 fl., im Concretzustande der Beamten dieser Dienstes-Categorie bei den unterstehenden Cameral-Bezirks-Verwaltungen, in Erledigung gekommen.

Diesjenigen, welche sich um diese Dienstesstelle, oder im Falle der eintretenden Erledigung um eine Kanzlei-Assistentenstelle, mit dem Jahresgehälter von 350 fl., 300 fl. oder 250 fl. bewerben, haben ihre Gesuche, worin sich über das Alter, die bisherige Dienstleistung und Moralität, dann über die mit gutem Erfolge zurückgelegte Prüfung aus den Gefälls-, Cassen- und Berechnungsvorschriften, und die allfälligen Sprachkenntnisse glaubwürdig auszuweisen ist, bis längstens letzten September l. J. im vorgeschriebenen Dienstwege hierher zu überreichen, und zugleich anzugeben, ob und in welchem Grade sie mit einem Beamten dieses Finanzgebietes verwandt oder verschwägert sind.

K. k. Finanz-Landes-Direction für Steiermark, Kärnten und Krain. Graz, am 29. August 1852.

3. 474. a (2) Nr. 9730.
K u n d m a c h u n g.

Es wird hiemit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß für das Verwaltungsjahr 1853 für den Wegmuthbezug an der Station Zoll, Bezirkshauptmannschaft Wippach, eine dritte Versteigerung unter Festsetzung des Ausrufspreises pr. 2740 fl., sage zweitausend siebenhundert vierzig Gulden, am 20. September 1852 um 10 Uhr Vormittags im Amtsslocale des k. k. Verwaltungsamtes der Reichsdomäne Adelsberg, auf Grundlage der, in der allgemeinen-Kundmachung der hohen k. k. Finanz-Landes-Direction in Graz vdo. 16. Juni 1852, Zahl 11559, enthaltenen Bestimmungen werde abgehalten werden.

Hiezu werden die Pachtlustigen mit dem Beisatze eingeladen, daß die Vicitationsbedingungen hieramts, wie auch bei dem k. k. Finanzwach-Commissariate zu Adelsberg eingesehen werden können, und daß die schriftlichen Offerte, mit dem Eingangsstempel versehen und längstens bis 18. September 1852 zwölf Uhr Mittags hieramts eingebracht werden müssen.

K. k. Cameral-Bezirks-Verwaltung Laibach am 1. September 1852.

3. 482. a (1) Nr. 17250.
K u n d m a c h u n g.

Von der k. k. österreichischen Finanz-Landes-Direction in Wien wird bekannt gemacht, daß wegen Lieferung des für das Verw. Jahr 1854 erforderlichen Stempel-Netto-Kanzleipapieres von vier und fünfzig tausend zweihundert Rieß (54200 Rieß) eine öffentliche Concurrenz-Verhandlung hierorts abgehalten werden wird.

Die Lieferanten sind jedoch verpflichtet, im Falle des Erfordernisses auch eine, die übernommene Lieferung um 25 % übersteigende Quantität Netto-Stampelpapieres von der Qualität des Musters, um den contractmäßigen Preis abzuliefern.

Die Angebote können für die Lieferung des ganzen einjährigen Bedarfes, oder auch für Lieferungen in kleineren Papier-Quantitäten gemacht werden; im Falle von Angeboten solcher Theillieferungen auf den ganzen obgedachten Papierbedarf wird jedoch demjenigen Offerenten, welcher mit seinem Angebote für die ganze Lieferungsmenge als Mindestfordernder erscheint, der Vorzug gegeben werden.

Als Muster haben die Bögen, welche aus dem Vorrathe für das dermal im Gebrauche stehende Stampelpapier der Classen von 3 Kreuzer bis einschließig 18 Gulden entnommen wurden, zu dienen, welches im beschnittenen Zustande für ein

Rieß mindestens das Gewicht von acht Pfunden gibt, und durchgehends im ausgebreiteten Zustande dreizehn Zoll hoch, dann fünfzehn Zoll breit ist.

Satinirtes, d. i. geglättetes Papier wird von der Concurrenz ausgeschlossen.

Die Lieferungs-lustigen haben ihre, auf den Stempel von fünfzehn Kreuzer zu schreibenden Offerte versiegelt, spätestens am 30. September l. J. bis 12 Uhr Mittags bei dem Einreichungsprotocoll dieser Finanz-Landes-Direction, im II. Stocke des Central-Finanz-Gebäudes am Weißgärber-Platz, abzugeben.

In dem Offerte ist die Empfangsbestätigung der k. k. Cameral-Bezirks-Casse in Wien, oder einer derlei Cassen zu Prag, Brünn, Graz, Triest und Innsbruck über das entweder im Baren, oder in Staatspapieren, nach dem Börsencourse vom Vortage des Erlages, — dort erlegte 10 % Reuegeld beizulegen, welches bei dem Angebote für eine Parthie von:

3000 Rieß, mit . . .	780 fl. . .
6000 " " " " . . .	1560 " " . . .
9000 " " " " . . .	2340 " " . . .
12000 " " " " . . .	3120 " " . . .
24200 " " " " . . .	6292 " " . . .

und bei dem Angebote für den ganzjährigen Bedarf, also für 54200 Rieß, mit 14092 fl. entfällt.

Für die genaue Erfüllung des Vertrages hat der Lieferant eine Cautions von 10 % des Werthes der mit ihm contrahirten Papierlieferung zu entrichten.

Der Contrahent des ganzen Papierbedarfes, oder einer Theilmenge, ist verpflichtet, die erste Hälfte des von ihm beizustellenden Stempel-Nettopapieres in fünf gleichen Theilen, u. z. in den Monaten Jänner bis Mai 1853, und die zweite Hälfte ebenfalls in fünf gleichen Theilen in der Zeit vom Monate Juni bis October 1853 abzuliefern, wobei noch bemerkt wird, daß jede Lieferungsrate bis 20. eines jeden der gedachten Monate an das hierseitige k. k. Deconomat im Central-Finanz-Gebäude am Weißgärber-Platz abgegeben werden muß.

Die Contractbedingungen so wie die Aerial-Musterbögen, in Absicht auf Farbe und Qualität, d. i. Feinheit des Zeuges und Stärke des Papieres, sind täglich während der gewöhnlichen Amtsstunden, u. z. hier in Wien bei dem erwähnten Deconomate, dagegen in Prag, Brünn, Graz, Triest und Innsbruck bei den Deconomaten der daselbst bestehenden Finanz-Landes-Directionen einzusehen.

Sollte ein Differenz nur nach seinem eigenen Erzeugnisse zu liefern Willens sein, so hat er dieses in seinem Offerte ausdrücklich zu erklären, und in diesem Falle zugleich 24 Probebögen seiner Erzeugung und unter seiner Fertigung beizulegen.

Das jedesmal abzuliefernde Papier muß mit den Musterbögen, welche amtlich und von dem Contrahenten zu unterzeichnen sein werden, auf das genaueste übereinstimmen.

Schließlich wird noch beigefügt, daß auf die nach dem festgesetzten Termine überreichten Offerte keine Rücksicht genommen, und über die Concurrenz-Verhandlung die Ratification sich vorbehalten wird.

Wien, am 13. August 1852.

3. 481. a (1) Nr. 8313.
E d i c t.

Nachdem bei der am 1. d. M. hieramts abgehaltenen versteigerungswaisen Verpachtung des Bretter- und Holzwarenaufschlages im Markte Senosetsch für das Triennium 1853, 1854 und 1855 kein günstiges Resultat erzielt wurde, so wird zur zweiten Verpachtung geschritten und die Vicitation am 2. October l. J. Vormittags 10 Uhr in dieser Amtskanzlei abgehalten werden.

Die Einhebung des zum Besten des Senosetscher Localfondes bestimmten Bretter- und Holzwarenaufschlages wird dem Pächtersteher auf drei nach einander folgende Jahre der Art überlassen, daß die Pachtzeit mit 1. November 1852 anzufangen, und den 31. October 1855 aufzuhören habe.

Jeder, der an der Pachtung des Aufschlages Theil nehmen will, hat sich mit dem Grundbuchs-extracte und der Schätzung seines Realvermögens bei der Vicitation auszuweisen, und die Cautions von 200 fl. im Baren zu erlegen, welche letztere von dem Erstehenden ad depositum übernommen, den übrigen Mitlicitanten aber rückgestellt werden wird.

Die detaillirten Bedingungen können täglich hieramts eingesehen werden.

K. k. Bezirkshauptmannschaft Adelsberg am 5. September 1852.

3. 476. a (2) Nr. 8651.
Vorspanns-Verpachtung.

Am 16. September d. J. Vormittags 9 Uhr findet bei der gefertigten k. k. Bezirkshauptmannschaft Laibach die Verhandlung wegen Verpachtung der Schubvorspanns für das künftige Militärjahr Statt, wozu Pachtlustige mit dem Bemerkten eingeladen werden, daß vom gegenwärtigen Schubvorspanns-pächter in den abgelaufenen 10 Monaten dieses Militärjahres nach Stein 79, nach Krainburg 107, nach Oberlaibach 106 und nach Großschisch 83 Viertel Vorspanns-wägen beigelegt werden mußten, daß sich daher die Summe der in dem laufenden Militärjahre beizustellenden Viertel-Vorspanns-wägen verhältnißmäßig auf 450 belaufen dürfte.

Die Pachtbedingungen können täglich hieramts in Erfahrung gebracht werden.

K. k. Bezirkshauptmannschaft Laibach am 3. September 1852.

3. 485. a (1) Nr. 5241.
K u n d m a c h u n g.

Laut Erlaß des hohen Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Bauten vom 16. April l. J., Zahl 7585/P., ist das vierte Heft der II. Abtheilung des vom k. k. Cours-Bureau in Wien verfaßten „topographischen Post-Lexicon“, die Kronländer Böhmen, Mähren und Schlesien umfassend, so eben im Drucke erschienen.

Der Preis dieses Heftes wurde auf vier und zwanzig Kreuzer festgesetzt, und es kann dasselbe bei der hiesigen Zeitungs-Expedition, dann bei allen k. k. Postämtern und Post-Expeditionen bezogen werden.

Was in Befolgung des eingangserwähnten hohen Erlasses hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

K. k. Post-Direction für das Küstenland und Krain. Triest den 1. Sept. 1852.

3. 1238. (2) Nr. 4922.
E d i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Wartenberg wird hiemit bekannt gemacht: Es habe über Ansuchen der Maria Jamscheg und des Thomas Zörner, Vormünder des m. j. Johann Jamscheg von Gorizja, in die freiwillige parzellenweise Vicitation seiner bei der früheren Herrschaft Minkendorf sub Urb. Nr. 121 vorkommenden, zu Gorizja gelegenen Halbhufenrealität gewilligt und hiezu unter Einem die Tagfagung auf den 16. September d. J. Früh 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 2 bis 6 Uhr Nachmittags mit dem Bemerkten angeordnet, daß zu obervermündschaftlichen Genehmigung dieser stückweisen Veräußerung eine ständige Bedenkzeit vorbehalten wurde, und daß jeder Ersteher den Meistbot binnen 8 Tagen nach geschehener Ratification, nebst bis hin verfallenen 5%igen Interessen zu Händen dieses k. k. Bezirksgerichtes zu erlegen haben werde. Wozu die Kauflustigen mit dem Bemerkten zu erscheinen eingeladen, daß der Grundbuchs-extract, der Catastralbesitzbogen und die Vicitationsbedingungen zu den gewöhnlichen Amtsstunden alltäglich hieramts eingesehen werden können.

K. k. Bezirksgericht Wartenberg am 2. September 1852.

3. 1231. (2) Nr. 4047.
E d i c t.

Von dem k. k. Bezirksgerichte Sittich wird bekannt gemacht: Das hohe k. k. Landesgericht habe die Margareth Glitsch von Praprezhe für wahnsinnig zu erklären befunden, und ist derselben von Seite dieses k. k. Bezirksgerichtes Joseph Laurich von Praprezhe als Curator aufgestellt worden. Sittich, den 12. August 1852.